

Faller, Peter

Article — Digitized Version

Zur Problematik der investitionstheoretischen Rechtfertigung von Bildungsausgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Faller, Peter (1971) : Zur Problematik der investitionstheoretischen Rechtfertigung von Bildungsausgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 7, pp. 365-369

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134286>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Problematik der investitionstheoretischen Rechtfertigung von Bildungsausgaben

Peter Fallner, München

Vor etwa 10 Jahren entdeckten die Wirtschaftswissenschaften den sogenannten Dritten Faktor: Beobachtungen in den Vereinigten Staaten ergaben, daß die Produktion der Gesamtwirtschaft seit dem Jahre 1929 stärker gestiegen war, als dies aufgrund der Zunahme der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital hätte erwartet werden dürfen¹⁾. Der Produktivitätszuwachs, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden konnte („unexplained residual“), wurde daraufhin als eine Folge verbesserter Produktionstechniken betrachtet und global dem Einsatz des Produktionsfaktors Bildung zugerechnet. Damit war der „Dritte Faktor“ geboren.

Mehr Wohlstand durch Bildung?

Seine so errechneten Anteile am Produktivitätszuwachs waren keineswegs gering²⁾. Dies hatte zur Folge, daß die Weltöffentlichkeit begann, ihre Aufmerksamkeit in bisher nicht gekanntem Maße auf die Möglichkeiten der Wohlstandssteigerung durch vermehrten Einsatz des Faktors Bildung zu richten. Bildungsausgaben galten zunehmend als eine mit hoher Wahrscheinlichkeit rentierliche Kapitalanlage, den Investitionen in Sachgüter ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen³⁾. Durch Bildungswerbung⁴⁾ wurde den privaten Haushalten nahegelegt, diese Investitionsmöglichkeiten zu

nutzen. Die Privaten ihrerseits forderten von der öffentlichen Hand die rechtzeitige Durchführung von Komplementärinvestitionen (Bereitstellung von Schulbauten, Ausbildung von Lehrkräften usw.).

Daß diese Bildungswerbung in der Bundesrepublik kein Echo gefunden habe, wird angesichts der steigenden Abiturientenzahlen⁵⁾ niemand behaupten. Ob sich damit freilich auch die Rentabilitätsersparungen, die bei den Individuen hinsichtlich der Gymnasial- und Universitätsbildung geweckt wurden, erfüllen werden, erscheint fraglich. In freiheitlich-arbeitsteiligen Produktionssystemen richtet sich die Höhe der Faktorentgelte grundsätzlich nach der relativen Knappheit der am Zustandekommen des Produkts beteiligten Faktoren. Parallelgerichtete individuelle Bildungsbemühungen wirken dieser Knappheit entgegen, schaffen einen Angebotsdruck und machen die erhofften Investitionsrenditen zunichte. Da der einzelne Lernende aber keine Handhabe besitzt, parallelgerichtetes Bemühen anderer Individuen

³⁾ Vgl. H. von Recum, a. a. O., S. 16, ferner BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND – Der Bundeskanzler, Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungsplanung, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/2166, S. 4, Ziff. 6.

⁴⁾ Vgl. die Abschnitte „Bildungswerbung“ und „Anreize für qualifiziertere Bildungswege“ in der bereits erwähnten Bundestags-Drucksache V/2166, S. 43 f.

⁵⁾ Vgl. BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND – Der Bundeskanzler, Bericht zur Bildungspolitik, Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/925, hier insbes. Grafik 4 und Tabelle 22, S. 11 und S. 41.

¹⁾ Vgl. E. F. Denison: The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives Before Us, a study by the Committee for Economic Development, New York 1968. R. R. Nelson: Aggregate Production Functions and Medium-Range Growth Projections. In: The American Economic Review, Vol. 54 (1964), No. 4, S. 575-606 sowie eine Reihe weiterer Arbeiten aus dieser Zeit, besprochen bei M. J. Bowman: The Human Investment Revolution in Economic Thought. In: M. Blaug (ed.), Economics of Education 1, Selected Readings, Harmondsworth 1968, S. 101-134.

²⁾ Vgl. H. von Recum: Aspekte der Bildungsökonomie, Neuwied am Rhein und Berlin 1969, S. 11, ferner O.E.C.D. (ed.): Economic Aspects of Higher Education, Paris 1964, hier insbes. S. 60 ff.

Peter Fallner, 39, Dr. rer. pol., Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Handelslehrer, ist wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter an der Universität München (Institut für Verkehrswirtschaft und öffentliche Wirtschaft).

um berufliche Qualifizierung zu verhindern, bleibt ihm nur die Möglichkeit, dieses Phänomen und den daraus zu erwartenden Angebotsdruck bei der Prognose seines Investitionsertrages zu berücksichtigen.

Bisher nur ex-post-Berechnungen

In Anbetracht dieses Wirkungszusammenhanges erscheint es als folgenschwerer Mangel unserer gegenwärtigen Bildungsdiskussion, daß die Individuen in einer Weise auf berufliche Investitionschancen aufmerksam gemacht werden, als gäbe es die Erscheinung sinkender Zuwachsraten überhaupt nicht. Dabei wird der Anschein erweckt, als sei die Industrie, wenn sie auf Befragen für die kommenden Jahrzehnte einen hohen Bedarf an bestimmten Qualifikationsarten anmeldet, juristisch gebunden, jede ihr angebotene Menge dieser Qualifikationsarten gegen Höchstentgelt abzunehmen. Da solche Abnahmegarantien nicht bestehen, ist eine Werbung für bestimmte Bildungsgänge ohne den gleichzeitigen warnenden Hinweis auf das Phänomen der sinkenden Zuwachsraten nicht zu verantworten.

Das heute weithin vorhandene blinde Vertrauen in die Rentabilität jeglicher Art von Bildungsausgaben ist freilich zu einem guten Teil auch durch einige angloamerikanische Bildungsökonomien selbst verursacht worden. Die freimütige Verwendung des investitionstheoretischen Vokabulars ließ den Leser nur allzu leicht übersehen, daß es sich bei den ihm vorgelegten Berechnungen nicht um zukunftsgerichtete Vorteilhaftigkeitskalküle handelte, sondern um schlichte Nachkalkulationen⁶⁾. Ex post durchgeführte Renditeberechnungen sind jedoch niemals Investitionsrechnung und können sie auch nicht ersetzen. Wohl kaum ein Unternehmer würde sich allein aufgrund eines günstigen Nachkalkulationsergebnisses dazu entschließen, ein Produktionsaggregat von ca. vierzigjähriger Lebensdauer ein zweites Mal zu investieren.

Künftige Knappheitsverhältnisse wichtig

Er wird seine Investitionsentscheidung vielmehr erst nach Vornahme eines zukunftsgerichteten Vorteilhaftigkeitskalküls treffen, und diesen Kalkül muß er jeweils objektindividuell vornehmen. D. h., daß der Investor auch für die weiteren Exemplare seines Aggregattyps nicht einfach den einmal errechneten Investitionsertrag ansetzen kann, sondern Auszahlungen und Einzahlungen jeweils neu prognostizieren muß.

⁶⁾ Vgl. beispielsweise W. L. Hansen: Rates of Return to Investment in Schooling in the United States. In: M. Blaug (ed.), a. a. O., S. 137-155; G. S. Becker: Investment in On-the-job Training. In: Ebenda, S. 183-207 u. a. m.

Auf den Bildungssektor übertragen, kann das nur bedeuten: Das auf eine rentabilitätsorientierte Berufswahl bedachte Individuum darf sich bei seinen Entscheidungen keinesfalls allein auf Nachkalkulationsergebnisse stützen; denn in den ex post errechneten Renditen von Bildungsausgaben spiegeln sich historische Knappheitsverhältnisse⁷⁾. Berufsentscheidungen, die sich an solchen Vergangenheitswerten ausrichten, können durchaus zu Fehlinvestitionen führen. Soll die Berufswahl rentabilitätsorientiert erfolgen, dann dürfen hierbei allein die künftigen Knappheitsverhältnisse berücksichtigt werden.

Prozeßabläufe und ...

Dieser skizzierte Vorgang sinkender Investitionserträge infolge parallelgerichteter Bildungsbestrebungen ist stets begleitet von einem zweiten, für die zukünftige Stellung des Individuums innerhalb der Einkommenspyramide nicht minder wichtigen Vorgang: der tendenziellen Angebotsverknappung bei den weniger qualifizierten Arbeitsleistungen, d. h. beim Arbeitsangebot des Personenkreises, der auf die ihm nahegelegte berufliche Qualifizierung verzichtet. Obwohl dieser Verknappungsprozeß eine Erscheinung von ebenso genereller Gültigkeit ist wie der Angebotsdruck bei massenhaftem Zustrom von Individuen in einen bestimmten Tätigkeitsbereich, bereitet es einige Schwierigkeiten, diesen zweiten Vorgang in seiner Tragweite zu verdeutlichen.

Verhältnismäßig einfacher Mittel bedarf es, um zu zeigen, daß eine solche Verknappung eintreten muß, wenn Erwerbstätige von einer bestimmten Qualifikationsstufe zur nächsthöheren streben: In diesem Falle sind die betreffenden Personen für die Dauer ihrer Umschulung dem Produktionsprozeß entzogen; endgültig entzogen sind sie jedoch ihrem einstigen Tätigkeitsbereich. — Schwieriger ist die Darstellung des Verknappungsprozesses dann, wenn die auf weitere Qualifizierung bedachten Personen noch gar nicht in das Erwerbsleben eingetreten waren, sondern in Befolgung der Bildungsappelle ihre Ausbildungszeit verlängern: Hier müssen Annahmen darüber getroffen werden, welche Tätigkeiten die Individuen ohne den verlängerten Schulbesuch jeweils ergriffen hätten.

... Einkommenswirkungen

Die Knappheit wird sich also durch einen infolge der Bildungswerbung verringerten Zustrom von Erwerbspersonen ergeben. Und sie wird in jenen

⁷⁾ Außerdem spiegeln sich darin Verwertbarkeitsfristen beruflichen Wissens, die gleichfalls nicht mehr gelten, da die „Halbwertszeiten“ (Zeiträume, innerhalb der die Hälfte des erlernten Wissens veraltet) seitdem von Jahr zu Jahr kürzer geworden sind.

Tätigkeitsbereichen spürbar werden, in die die Lernenden ohne die ihnen von seiten des Staates nahegelegte Gymnasial- und Universitätsbildung eingetreten wären. Welche Bereiche dies im einzelnen sein würden, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Es genügt, festzuhalten, daß die verlängerte Ausbildung in der Regel vor allem für dispositive Tätigkeit qualifiziert. Berufsziele, die eine vorwiegend ausführende Tätigkeit verlangen, werden somit vernachlässigt. Das Arbeitskräfteangebot in diesen Berufen wird knapp, und zwar um so stärker, je mehr die Plädoyers der Bildungswerber für einen verlängerten Schulbesuch Beachtung finden.

Die Einkommenswirkungen dieser Verknappung sind für die in solche Tätigkeitsbereiche eintretenden bzw. darin verbleibenden Individuen erfreulich; denn sofern die ausführenden Tätigkeiten nicht mechanisiert werden können — und bei Haus- und Büroreinigungsarbeiten ist dies trotz eines seit Jahren bestehenden Arbeitsmarkteng-

passes bisher nicht geglückt! —, kommen die betreffenden Personen in den Genuß von Knappheitspreisen für ihre Arbeitskraft⁸⁾. Für den übrigen Teil der Volkswirtschaft, der die Leistungen dieses Personenkreises gegen Entgelt in Anspruch nehmen muß — und dazu gehören mit hoher Wahrscheinlichkeit auch solche Individuen, die beruflich „mehr investieren“ wollten —, sind die zu zahlenden Knappheitspreise alles andere als erfreulich. Sie mindern nämlich die Kaufkraft des durch zusätzliche Qualifikation erlangten Einkommens. Im Ergebnis werden somit Arbeitsleistungen, die mit relativ geringer beruflicher Qualifikation erstellt werden können, infolge Verknappung des Arbeitskräfteangebots verteuert, während sich für die auf berufliche Qualifizierung bedachten Personen die Einkommens- und Kaufkraftserwartungen nicht realisieren.

⁸⁾ „... as a matter of fact, there is more than enough evidence to show that earnings do rise in a seller's market ...“ (M. Blaug: The Rate of Return on Investment in Education. In: derselbe, a. a. O., S. 238).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA - INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG - HAMBURG

STANDORTWAHL IM EINZELHANDEL

von Paul Wotzka

Vor allem großstädtische Einzelhandelsbetriebe stehen im Brennpunkt des tiefgreifenden Wandlungsprozesses, in dem sich der deutsche Handel seit dem Zweiten Weltkrieg befindet. Die Bedeutung der vorliegenden Untersuchung liegt darin, daß sie anstelle einer modelltheoretisch-statistischen Standorttheorie eine empirisch-realistische Standortlehre entwickelt, die auch und im hohen Maße den Anforderungen des Praktikers Rechnung trägt.

Oktav, 518 Seiten, 1970, brosch. DM 42,60

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Als Fazit der bisherigen Überlegungen läßt sich sagen, daß der Staat mit der Propagierung der Gymnasial- und Universitätsbildung eindeutig Investitionsempfehlungen an seine Bürger ausspricht. Er hat dabei allerdings nicht die Absicht, dem einzelnen das Risiko der Fehlinvestition infolge paralleler Bemühens anderer Individuen abzunehmen. Mit diesem Schritt begibt sich die öffentliche Hand indessen auf ein Terrain, auf dem die Betroffenen mit Sicherheit weitere Maßnahmen fordern werden.

Welcher Art die geforderten Maßnahmen sein werden, läßt sich bei einem Blick auf die heutige Unruhe in unserer Landwirtschaft leicht vorhersehen. Auch dort wurden seit Kriegsende einem Bevölkerungsteil von seiten des Staates Investitionsempfehlungen und -hilfen gegeben, und das, obwohl man vorhersehen mußte, daß diese Rationalisierungsinvestitionen ohne eine gleichzeitige starke Verringerung der Agrarbevölkerung zu einem immensen Überangebot an Agrarerzeugnissen und — damit notwendigerweise verbunden — zu Einkommenseinbußen führen würden. Die Tatsache, daß der Bauernstand heute nicht gewillt ist, die ihm von seiten der Regierung gegebenen Investitionsempfehlungen einfach zu vergessen und die Einkommensminderungen eigenem Fehlverhalten zuzurechnen, sollte zu denken geben. Die Fehlinvestitionen in der Landwirtschaft sind ein kostspieliges Lehrstück dafür, welche Konsequenzen sich aus den von seiten des Staates empfohlenen paralleler Bemühens ergeben können — aus dem gleichen Vorgang also, der sich heute auf dem Bildungssektor anbahnt.

Durch Umweltschädigung ...

Bei den obigen Ausführungen konnte zunächst offenbleiben, ob Bildungsausgaben tatsächlich jene produktivitätssteigernde Wirkung haben, die ihnen seit der Entdeckung des Dritten Faktors zugeschrieben wird. Zu dieser Frage gibt es indessen auch einiges zu bemerken. Vorab sei daran erinnert, daß der Dritte Faktor, so wie ihn die Bildungsökonomien Anfang der sechziger Jahre zur Diskussion gestellt hatten, nichts weiter als eine Hypothese sein konnte⁹⁾. In den bildungspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart ist vom hypothetischen Charakter des Dritten Faktors freilich nichts mehr zu spüren. Hier wird handfest argumentiert, daß die produktivitätssteigernde Wirkung von Bildungsausgaben erwiesen sei¹⁰⁾.

⁹⁾ Vgl. beispielsweise den „Omnibus voller Einwendungen“ (Blaug), der in der wissenschaftlichen Diskussion gegen den „rate-of-return approach“ vorgebracht wurde. Ausführlich bei M. Blaug: The Rate of Return on Investment in Education. In: derselbe, a. a. O., S. 222-259.

Nun liefert aber gerade in der Gegenwart die lebhafteste Diskussion der Umweltschäden den Nachweis, daß einzelwirtschaftliche Produktivitätssteigerungen auch noch auf andere Weise als durch Bildungsausgaben entstehen können: durch Umweltverschmutzung und raubbauartiges Verhalten. Insofern ist man versucht, dem Dritten Faktor noch einen vierten an die Seite zu stellen.

Einzelwirtschaftlich lassen sich Produktivitätssteigerungen nämlich auch dadurch realisieren, daß verursachte Produktionskosten nicht abgegolten werden. Ein Betrieb, der seine Abfälle nicht vorschriftsmäßig beseitigt, sondern sie in den nahegelegenen Fluß leitet, erhöht seine Produktivität, verglichen mit Betrieben, die für die Beseitigung ihrer Abfälle Kosten aufwenden. Bergbaubetriebe, die nichts für die Beseitigung der von ihnen verursachten Berg- und Landschaftsschäden aufzuwenden gezwungen sind, arbeiten — einzelwirtschaftlich gesehen — produktiver als solche Betriebe, die gehalten sind, das Landschaftsbiid seinem ursprünglichen Zustand wieder anzunähern. Verkehrsbetriebe, denen der Staat keine nennenswerte Verbote hinsichtlich Lärm- und Abgasbelastung auferlegt bzw. nur lockere Vorschriften in bezug auf Betriebssicherheit macht, können sich eine Reihe gravierender Ausgaben ersparen und arbeiten aus eben diesem Grunde produktiver als ihre Konkurrenzbetriebe in Ländern mit strengeren Vorschriften¹¹⁾.

... zu Produktivitätssteigerungen

Bei jedem dieser drei Beispiele ergibt sich aus der Nichtabgeltung der verursachten Produktionskosten unbestreitbar eine Produktivitätssteigerung. Mit anderen Worten: Zum Resultat „Produktivitätssteigerung“ führt fatalerweise noch eine zweite, von den Bildungsausgaben zu trennende Kausalreihe. Sie beginnt mit der Verursachung von Umweltschäden, d. h. mit einer über die Grenze der Regenerationsfähigkeit hinausgehenden Belastung der physischen Lebensgrundlagen. Die Hinnahme solcher Beeinträchtigungen durch die Gesellschaft eröffnet dem Produzenten die Möglichkeit, einen Teil seiner Produktionskosten jeweils auf die Umwelt bzw. auf künftige Generationen abzuwälzen. Entsprechendes gilt ebenfalls für den Konsumenten, soweit er bei Gütern oder Dienstleistungen Nutzungsformen praktiziert, die zu den erwähnten Umweltschäden beitragen. Wenn heute von maß-

¹⁰⁾ Die Berechnungen, auf die sich dieses Urteil stützt, sind aber — ebenso wie im Falle der Diskussion individueller Investitionserträge — auch hier ausnahmslos Nachkalkulationen.

¹¹⁾ „Zum Teil sind die Wachstumserfolge ... dem Raubbau an natürlichen Kräften der menschlichen Umwelt, an der menschlichen Gesundheit und an gewachsenen sozialen Strukturen zuzuschreiben.“ (K. Oettle: Die häusliche Nutzung natürlicher Hilfsquellen als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aufgabe. In: Natur und Landschaft, 44 (1969), S. 82.

gebender Seite gesagt wird, daß zur Beseitigung bzw. Vermeidung der vom Automobil ausgehenden Umweltschäden etwa der gleiche Betrag erforderlich sein werde, den die Entwicklung dieses Verkehrsmittels bis zu seiner heutigen Reifestufe gekostet hat¹²⁾, dann läßt dies erkennen, in welcher Größenordnung der Beitrag des „Vierten Faktors“ zu den Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte geschätzt werden muß.

Spezialisierung tut not ...

Im Ergebnis ist also auch gegenüber Angaben zum gesamtwirtschaftlichen Investitionsertrag von Bildungsausgaben zumindest ein zweifacher Vorbehalt stets am Platze: Zum einen muß geprüft werden, inwieweit die Berechnungen auf der — im Zeitalter der Umweltschäden beinahe naiv anmutenden — These beruhen, das „unexplained residual“ könne allein durch den Dritten Faktor verursacht sein. Zum andern ist zu fragen, ob der vorgelegte Kalkül die Bezeichnung „Investitionsrechnung“ überhaupt zu Recht trägt. D. h. ob statt dessen nicht der weniger anspruchsvolle Begriff „Nachkalkulation“ angemessener wäre — was z. B. gerade von den am häufigsten zitierten anglo-amerikanischen Renditeberechnungen von Bildungsausgaben ausnahmslos gesagt werden muß.

Aus alledem ist zu erkennen, daß es dem Gebot der intellektuellen Redlichkeit entsprechen würde, wenn in der gegenwärtigen westdeutschen Bildungsreformdiskussion die Versuche einer investitionstheoretischen Rechtfertigung von Bildungsausgaben weitgehend unterblieben. Die derzeit in der Bundesrepublik betriebene Bildungspolitik mag mit ihrer starken Betonung des Grundsatzes gleicher Bildungschancen durchaus von humanitären Motiven geleitet sein. In arbeitsteiligen Volkswirtschaften ist jedoch nicht Homogenisierung, sondern Differenzierung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials angezeigt, was für den einzelnen Erwerbstätigen Spezialisierung heißt. Der im Gesamtschulkonzept zum Ausdruck kommende Wunsch, in verstärktem Maße „die Übergänge zwischen den einzelnen Ausbildungswegen zu erleichtern“¹³⁾, verlangt hingegen von der öffentlichen Hand eine Umstrukturierung ihres Bildungsangebots. Dem in der Spezialisierungsfrage Unentschlossenen soll nämlich auf allen Unterrichtsstufen der Anschluß an jene Altersgruppen ermöglicht werden, die sich bereits wesentlich früher bestimmten Sachgebieten intensiv zugewandt — d. h. sich spezialisiert — haben. Diese Umstrukturierung kann nur darauf abzielen, die individuellen Spezialisierungsentscheidungen ins-

gesamt zu verzögern. Denn die Schaffung kontinuierlich vorhandener Übergangsmöglichkeiten zwischen Systemen von unterschiedlicher Geschwindigkeit ist — dies lehrt auch die Verkehrswissenschaft — nur dadurch zu realisieren, daß die leistungsfähigeren Systeme „gebremst“ werden.

... auch für die Bundesrepublik

Solch eine Verzögerung der beruflichen Spezialisierung läßt freilich kaum auf eine auf maximale Produktivität der Gesamtwirtschaft ausgerichtete Bildungspolitik schließen. Diesem Postulat würde nämlich eher entsprochen werden, wenn das Bildungswesen vorrangig spezifische Anlagenförderung¹⁴⁾ betreiben könnte, statt in erster Linie soziale Niveauunterschiede ausgleichen zu müssen. Die gezielte Förderung individueller Anlagenschwerpunkte würde zu einer stärkeren Differenzierung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials führen. Sie würde das Spektrum der am Arbeitsmarkt angebotenen Leistungsarten verbreitern und dadurch das Auffinden produktions-technischer Innovationen mit Sicherheit mehr begünstigen, als dies bei einem homogeneren Arbeitskräftepotential mit seiner jeweils großen Anzahl von gleichartig ausgebildeten Arbeitskräften und den wenigen Qualifikationsarten möglich ist. Spezifische Anlagenförderung als vorrangiges bildungspolitisches Ziel wäre somit die konsequente Weiterentwicklung der Versuche einer investitionstheoretischen Rechtfertigung von Bildungsausgaben.

Für die Bundesrepublik würde eine Postulierung des Oberziels „Spezifische Anlagenförderung“ heute allerdings bereits einer Art kopernikanischer Wendung gleichkommen. Auf das Denken in den Kategorien „privilegiert“ und „unterprivilegiert“ müßte dann jedenfalls völlig verzichtet werden; denn dem Entdecken bestimmter Anlagenschwerpunkte eines Kindes (oder auch eines Erwachsenen) hätte deren Förderung durch den Staat in jedem Falle zu folgen, also auch dann, wenn der Betreffende bereits der Mittel- oder der Oberschicht angehören würde. Solche Gedanken einer primär produktivitätsorientierten Bildungspolitik werden heute aber durch das Ziel des sozialen Niveaueausgleichs energisch zurückgedrängt. Daher wäre es nur folgerichtig, wenn man auch in der öffentlichen Diskussion darauf verzichten würde, das derzeitige System der Bildungsausgaben als ökonomisch optimales Investitionsverhalten zu bezeichnen.

¹²⁾ So Carl Friedrich von Weizsäcker in einem Fernsehinterview des Bayerischen Rundfunks am 23. 3. 1971.

¹³⁾ BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND — Der Bundeskanzler, Bericht zur Bildungspolitik, a. a. O., S. 40.

¹⁴⁾ Auf die Verwendung des in diesem Zusammenhang naheliegenden Begriffs „Förderung vorhandener Begabungsschwerpunkte“ muß hier verzichtet werden, da „Begabung“ heute anders definiert wird als noch vor etwa zehn Jahren; vgl. H. Roth (Hrsg.), Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuer Forschungen, Stuttgart 1969.